



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/146 - 28.6.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

|   |      |
|---|------|
| Steuergelder vergeudet                    | S. 1 |
| USA befürchten neue Moskau-Vorstösse      | S. 2 |
| Gefährdete Waffenruhe DGB-Bundesregierung | S. 5 |

## F u n k   i n s   B l a u e

(sp) Die Bundesregierung funkt täglich und täglich, sogar mehrmals, einen sogenannten Diplomatenfunk in die Welt. Das ist ein Dienst, der den deutschen Vertretungen im Ausland, den Botschaften, Gesandtschaften und anderen Missionen Material zu wichtigen politischen Ereignissen und Entwicklungen an die Hand geben soll, um sie zu unterrichten. Ein löbliches Beginnen, so kann gesagt werden. Jedoch wollen wir den Inhalt dieses Diplomattendienstes lieber nicht behandeln. Er verträgt es nicht, obwohl er nun schon einige Monate alt ist. Die Belanglosigkeit ist grösser geworden, nicht die Qualität.

Dieser Umstand mildert aber nicht die andere Tatsache: Der Funk geht ins Blaue! Nur die wenigsten deutschen Missionen draussen in der Welt haben nämlich Empfangsgeräte. Sie wissen gar nicht, was ihnen entgeht. Seit Wochen werden die Journalisten oder Beamten, die diesen Dienst bearbeiten, die Techniker, die ihn funken, die Männer, die die Maschinen betreuen, der Strom - werden alle Kosten, die hierfür aufgewendet werden, sinn- und wirkungslos verpulvert. Man hofft, dass irgendwer ihn irgendwo empfängt und dass der Dienst auf solche Weise seine Wirkung tue. Vor so viel Grosszügigkeit vermögen wir nicht zu schweigen.

In Nord- und Südamerika, in Afrika und Indien, an vielen

anderen Stellen, selbst in Europa fehlen die Empfangsgeräte. Dort und an anderen Orten sind die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik zum Teil sogar noch ohne die einfachsten Rundfunkgeräte, die daheim die meisten Deutschen in ihrer Wohnung haben. Es fehlt an Schreibmaschinen, an Vervielfältigungsapparaten, an Fernschreibern gar und an Kleinmaterial. Wenn der Bundeskanzler in Paris ist, erreicht ihn seine Regierung nicht etwa auf einer Fernschreiblinie, die von Bonn in die deutsche Mission führt, sondern auf dem Umweg über eine internationale Institution. Es fehlt an Hilfskräften für die wichtigsten Attachees, die ihre Arbeit für sich selbst behalten müssen, weil sie sie nicht weitergeben können. Sie leben draussen wie die ersten Spartaner und fürchten sich vor den Einladungen anderer, weil sie die Verbindungen nicht pflegen können, aus Mangel an diesen und anderen Mitteln.

Der Funk ins Blaue zeigt genau auf die Ursache: falsche Dispositionen! Mehr Schein als Sein, so könnte man auch sagen. Die Politik des Als ob wird auch im kleinen betrieben und die nächsten Schritte werden nicht getan. Da wir nicht mehr im Zeitalter der Postkutsche leben, nicht einmal mehr das Telefon als eine Errungenschaft von aktuellstem Wert betrachten können, ist dieser Diplomatenfunk entweder wichtig - dann sind die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, oder er ist wie der, den die Bundesregierung bisher betrieben hat: eine Vergeudung von Steuergeldern, die der nachdrücklichen Ahndung und der Bestrafung derer bedarf, die ihn zu verantworten haben. Wir sind nicht einverstanden mit einem Vergleich mit den Bürgern von Schilda. Das waren harmlose Leute gegen diese Verantwortlichen, die das Geld in die Luft funken und noch dazu die wichtige Aufgabe der Information der deutschen Auslandsvertretungen nicht lösten. Was geschieht?

+ + +

#### WETTRÜSTEN UND WETT-VERHANDELN

(Von unserem H.St.-Korrespondenten in USA)

Amerikanische Hoffnungen, dass der Unterzeichnung des Deutschland-Vertrages in Bonn und des Abkommens über die EVG in Paris eine Periode der stabilisierten Ruhe auf den diplomatischen Fronten folgen würde, haben sich nicht erfüllt; im Gegenteil hat in den allerletzten Wochen die Besorgnis der Washingtoner Regierung zugenommen

und das Staatsdepartement hat sich zu erhöhter Wachsamkeit und Aktivität veranlasst gesehen. Gerade die Tatsache, dass die Kommunisten in Europa nicht mehr nach Belieben schalten und walten können, gilt als gefährlich, und man fragt sich jetzt, ob nicht Moskau irgendwelche noch unbekannte grosse Trümpfe auszuspielen gedenkt, um eine Konsolidierung der westlichen Staatengruppe zu durchkreuzen.

Staatssekretär Acheson hat gute und ernste Gründe gehabt, sich, nur vier Wochen nach seiner Rückkehr aus Bonn und Paris, von neuem persönlich vom Stand der europäischen Entwicklung zu überzeugen. Vor allem scheint es, als ob der neue amerikanische Botschafter in Moskau, George Kennan - einer der begabtesten amerikanischen Diplomaten und viele Jahre lang der grosse Russland-Experte im Staatsdepartement - höchst besorgte und pessimistische Berichte aus Russland geschickt hat, und Acheson Wert darauf gelegt hat, Kennan in London zu sprechen. Wenn die verfügbaren Informationen zutreffen, hat Kennan in seinen Berichten vor allem unterstrichen, dass die inner-russische Propaganda gegen Amerika letzthin anstelle ihrer Angriffe gegen "Wallstreet" und die "regierenden Imperialisten Washingtons" eine neue Formel der Angriffe gegen Amerika als ganzes, also einschliesslich der breiten Volksmassen gesetzt hat - und er hat darin ein beunruhigendes Kennzeichen erblickt.

Aber Kennans Warnrufe (mit denen er übrigens nicht allein dasteht; Churchill hat sich kürzlich ähnlich besorgt geäussert) sind nicht der einzige Grund für die Washingtoner Befürchtungen. Die Entsendung Gromykos nach London scheint doch zu bedeuten, dass Moskau eine diplomatische Offensive in Westeuropa vornah, die Verwirrung in die Reihen der im Atlantikpakt zusammengeschlossenen Staaten bringen soll. Versuche, England von Amerika zu isolieren, unternimmt man in der Sowjetunion zwar seit Jahr und Tag - aber anscheinend will man sie jetzt intensivieren. Richtig ist, dass Washington von dem französisch-englischen Vorstoss, jetzt mit Moskau den Notenwechsel durch eine Diplomatendebatte am Konferenztisch abzulösen, nicht sehr erbaute war; Acheson lehnt diese Konferenz nicht prinzipiell ab, will sie aber hinausschieben, bis die Bonner und Pariser Verträge ratifiziert sind - während umgekehrt in der öffentlichen Meinung Frankreichs, Englands (und mancher anderer Länder, vor allem auch der Deutschen Bundesrepublik) die Forderung dahingeht, erst mit Moskau zu sprechen

und das weitere Verhalten in der Ratifizierungsfrage vom Verlauf der Gespräche mit Wyschinski abhängig zu machen.

Aber vermutlich begeht man einen Fehler, die gegenwärtige erneuerte Kraftprobe zwischen Moskau und Washington ausschliesslich vom europäischen Parkett aus zu betrachten; Russland wie Amerika blicken ja stets mit einem Auge nach Ostasien, und es ist nie leicht zu entscheiden, auf welcher dieser beiden weltweiten Fronten die wichtigsten und folgenschwereren Entscheidungen fallen. In Ostasien hat die Sowjetunion insofern einen Rückechlag erlitten, als sie nicht verhindern konnte, dass sich Japan mehr und mehr im Schlepptau der amerikanischen Asienpolitik, gegen die diplomatische Anerkennung Rot-Chinas ausgesprochen und klar ausgedrückt hat, zu welchem Teil der Welt es sich zugehörig fühlt. Die kommunistische Seite konnte dieser Schlappe nur mit einer Politik unaufhörlicher Nadelstiche beantworten: In-die-Länge-Ziehung der koreanischen Waffenstillstandsgespräche, Ausnutzung der totalitären Machtansprüche Singman Rhees in Süd-Korea. Aufrechterhaltung der Krise in Französisch-Indochina, Intensivierung des Bürgerkrieges in Burma. In Asien scheint es russische Absicht zu sein, amerikanische Waffen, Truppen und Gelder so zahlreich wie möglich zu "binden", in der Hoffnung, dass der amerikanische Kongress eines Tages die Bewilligung neuer Kredite für die Landesverteidigung satt bekommt.

Vielfach wird in Amerika behauptet, dass die Russen das Wett-rüsten gewinnen: die amerikanische Aufrüstung ist in der Tat überaus langsam angelaufen und fängt jetzt erst an, sich strategisch bemerkbar zu machen, während die Russen ja unaufhörlich mit Hochdruck ihre Luftwaffe und vermutlich auch ihre Produktion atomischer Geschosse ausgebaut und verstärkt haben. In der beängstigenden Zwickmühle zwischen Wett-rüsten und Wett-Verhandeln ist echte Besorgnis nicht fehl am Platze, und die Welt hat leider mancherlei Anlass, den künftigen Vorstössen der Sowjetdiplomatie mit Spannung und Unruhe entgegen zu blicken.

Sie machen sich stark

(sp) Schon der Bundeskanzler hat in den Verhandlungen um den Waffenstillstand mit dem DGB, um die Einstellung der gewerkschaftlichen Aktionen vor Verhandlungen um ein neues Gesicht des Entwurfs zum Betriebsverfassungsgesetz, hart die Grenze des für den DGB Erträglichen gestreift. Er hat nur die Staatssekretäre (und wahrscheinlich auf Veranlassung seiner Koalitionsfreunde) mit den DGB-Vorstandsmitgliedern verhandeln lassen. Doch das Ergebnis, die Einstellung der gewerkschaftlichen Aktionen, hat immerhin den Willen des DGB zum Brügfrieden unter Beweis gestellt.

Anscheinend genügt der DP und FDP der Waffenstillstand nicht. Vielleicht wollen sie ihn nicht einmal? Die FDP verlangt nicht weniger, als eine Garantie der Gewerkschaften, sich künftig überhaupt solcher Aktionen zu enthalten und die DP will keinen Verhandlungspartner entsenden, ehe nicht den Gewerkschaften auch für alle Zeit das Maul verboten ist. Das "Deutsche Industrie-Institut" unterstützt diese Aktion der Unternehmervertreter in der Koalition, indem es argumentiert, der DGB vertrete nur 29.9 % aller "gewerkschaftsfähigen Personen" des Bundesgebietes.

Man braucht nicht an die zwei Tage ohne Zeitung zu erinnern oder anzudeuten, was wäre, wenn auch einmal Bahn oder Post, Bergbau oder Stahlindustrie für zwei Tage stilllägen. Man braucht nur an die eindeutigen Willenskundgebungen auf den letzten Gewerkschaftstagen anzuknüpfen, die zeigten, dass die Arbeitnehmerschaft der Betriebe den Waffenstillstand und die Verhandlungen keineswegs für der Weisheit letzten Schluss halten. Mit falschen statistischen Spielereien ist diesem Kampfwillen und Kraftbewusstsein nicht zu begegnen.

Ausserdem weiss jeder Arbeitnehmer, wer es ist, der hier den Kraftmeier markiert. Nach der Methode des "Industrie-Instituts" errechnet, sind es die Repräsentanten von gut gerechnet 12 % der gesamten deutschen Wählerschaft (FDP 9 %, DP 3 %), die sich hier stark machen. Die 29.9 % des Industrie-Instituts sind aber immerhin noch doppelt soviel kampfwilliger Arbeitnehmer wie die labile Wählerschaft dieser beiden Parteien zusammengenommen.

Man möge die Dinge nicht auf die Spitze treiben, es könnten sich sonst einige unliebsame Überraschungen aus den Betrieben ergeben

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler